

## AUS DEM INHALT:

### ■ Seite 5-6

Das aktuelle Interview  
Prof. Dr. Martin Jänicke



### ■ Seite 9-10

Klimaschutz besteht nicht nur aus  
Vermeidungskosten!

### ■ Seite 11-12

Klimawandel – und was nun?



### ■ Seite 12-13

HEIM:VORTEIL

23 Berliner Pflegeheime profitieren  
bisher von Energieeinsparinitiative



## Eine Revolution für den Gebäudebereich? Energiekonzept der Bundesregierung verabschiedet

Ende September wurde das  
Energiekonzept der Bundes-  
regierung unter großer öffent-  
licher Aufmerksamkeit vom  
Bundeskabinett verabschiedet.

Dabei stand zumeist die Frage der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken im Fokus der öffentlichen und politischen Debatten. Weniger beachtet aber sind die Ziele, die im Energiekonzept für den Gebäudebereich fixiert wurden. Diese aber haben es in sich. Zwei Sätze illustrieren die mögliche Tragweite des Konzeptes für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft: „Bis 2020 wollen wir eine Reduzierung des Wärmebedarfs um 20 Prozent erreichen. Darüber hinaus streben wir bis 2050 eine Minderung des Primärenergiebedarfs in der Größenordnung von 80 Prozent an.“ Allein diese beiden Sätze werden – sofern sie nicht im Bereich symbolischer Politikformulierung verharren sondern mit konkreten politischen Instrumenten unterlegt werden – geradezu dramatische Änderungen des deutschen Gebäudebestandes erfordern.



Energie-ImpulsE dokumentiert im Folgenden den „Gebäudeteil“ des Energiekonzeptes und lässt diesen von wichtigen politischen Akteuren kommentieren:

### **Energetische Gebäudesanierung und energieeffizientes Bauen**

„(...) Auf den Gebäudebereich entfallen rund 40 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Gleichzeitig sind die Potenziale zur Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparung gewaltig. Drei Viertel des Altbaubestandes wurde noch vor der

1. Wärmeschutzverordnung 1979 errichtet. Diese Gebäude sind oft gar nicht oder kaum energetisch saniert. Die überwiegende Mehrheit der Heizungssysteme entspricht nicht dem Stand der Technik. Die Szenarien belegen, die energetische Sanierung des Gebäudebestands ist der zentrale Schlüssel zur Modernisierung der Energieversorgung und zum Erreichen der Klimaschutzziele.

Unser zentrales Ziel ist es deshalb, den Wärmebedarf des Gebäudebestandes langfristig

■ Fortsetzung Seite 2

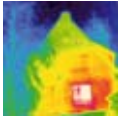


„Für die energetische Gebäudesanierung sind die Rahmenseetzungen des Bundes nach wie vor unbefriedigend. Dies ist für die Bundesländer und Kommunen problematisch.

Finanzielle Förderung nach Kassenlage und politischer Laune ist für den Klimaschutz kontraproduktiv. Erst werden die KfW-Mittel für die energetische Gebäudesanierung drastisch gekürzt und jetzt wird ein Konzept vorgelegt, das auf freiwilli-

ge Maßnahmen und finanzielle Anreize setzt, die unsicher sind. Zugleich wird unverblümt gesagt, dass die Mieterinnen und Mieter die Hauptlast tragen sollen. Wir brauchen klare und verlässliche gesetzliche Regelungen, die Mieterinnen und Mieter finanziell nicht überfordern und Hauseigentümern Planungssicherheit geben. Die von der Bundesregierung betriebene Verunsicherung von Hauseigentümern und Mieterinnen und Mietern ist unverantwortlich und schädlich für den Klimaschutz.“

**Katrin Lompscher**  
Senatorin für Gesundheit, Umwelt und  
Verbraucherschutz, Berlin



## Eine Revolution für den Gebäudebereich?

### Energiekonzept der Bundesregierung dokumentiert und kommentiert

#### ■ Fortsetzung von Seite 1

mit dem Ziel zu senken, bis 2050 nahezu einen klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Klimaneutral heißt, dass die Gebäude nur noch einen sehr geringen Energiebedarf aufweisen und der verbleibende Energiebedarf überwiegend durch erneuerbare Energien gedeckt wird. Dafür ist die Verdopplung der energetischen Sanierungsrate von jährlich etwa ein auf zwei Prozent erforderlich. Bis 2020 wollen wir eine Reduzierung des Wärmebedarfs um 20 Prozent erreichen. Darüber hinaus wird bis 2050 eine Minderung des Primärenergiebedarfs in der Größenordnung von 80 Prozent angestrebt. Im Jahr 2020 sollen Zielsetzung und Maßnahmen vor dem Hintergrund der bis dahin erreichten Erfolge evaluiert werden.

Die energetische Sanierung des Gebäudebestands ist die wich-



tigste Maßnahme, um den Verbrauch an fossilen Energieträgern nachhaltig zu mindern und die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren. Dies ist nicht zum Nulltarif zu haben, sondern erfordert erhebliche Investitionen, die aber langfristig auch zu einer Kostenersparnis führen. Die Umsetzung dieser Strategie erfordert geeignete und verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, Zeit und Geld. Deshalb ist ein langfristiger Sanierungsfahrplan erforderlich, der den Akteuren

sowohl den Orientierungsrahmen für Investitionen gibt, wie auch die notwendige Flexibilität belässt.

Die bisherigen Instrumente werden nicht ausreichen, um diese Ziele umzusetzen: Die Energieeinsparverordnung (EnEV) definiert Anforderungen an Neubauten und bei Sanierungen im Bestand. Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) zielt ebenfalls auf Neubauten. Diese Instrumente müssen im

Rahmen der wirtschaftlichen Vertretbarkeit weiterentwickelt werden, um die Sanierungsziele zu erreichen.

Allerdings zeigen bisherige Erfahrungen auch, dass der Anwendung des Ordnungsrechts insbesondere im Bestand mit Hinblick auf die wirtschaftlichen Belastungen der Eigentümer Grenzen gesetzt sind. Mit einem „weiter so“ im bisherigen Instrumentenmix kommen wir nicht voran. Um die technisch-wirtschaftlichen Möglichkeiten der energetischen Sanierung des Gebäudebestands zu nutzen, ist ein neuer strategischer Ansatz notwendig. In Zukunft kommt es darauf an, dass im Interesse der Eigentümer der geforderte Sanierungsbedarf langfristig definiert wird, damit er diesen bei seinen Plänen für Investitionen berücksichtigen kann. Wir wollen dabei Anreize setzen, aber keine Zwangssanierungen anordnen. Wir stellen wirtschaftliche Anreize in den Mittelpunkt unserer Politik und nicht die Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung eine Konzeption für einen langfristigen Sanierungsfahrplan entwickeln.

#### ► Energieeffizienter Gebäudebestand bis 2050

Kernelemente einer solchen „Modernisierungsoffensive für Gebäude“ sind: Mit der Novelle der EnEV 2012 wird das Niveau „klimaneutrales Gebäude“ für Neubauten bis 2020 auf der Basis von primärenergetischen Kennwerten eingeführt. Der daran ausgerichtete Sanierungsfahrplan für Gebäude im Bestand beginnt 2020 und führt bis 2050 stufenweise auf ein Zielniveau einer Minderung des Primärenergiebedarfs um



„Die Ziele des Energiekonzepts begrüßen wir als Deutscher Mieterbund. Wichtig ist aber, dass auch nach einer energetischen Modernisierung die Mieten bezahlbar bleiben. Deshalb brauchen

wir zur Umsetzung des Energiekonzepts klare

Vorgaben und finanzielle Anreize und Hilfen, das heißt ausreichende Fördermittel. Mietrechtsverschlechterungen, über die die Bundesregierung stattdessen jetzt nachdenkt, sind kontraproduktiv und falsch. Richtig wäre es, wenn die Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm deutlich aufgestockt würden, mindestens auf das Niveau des Vorjahres.“

**Dr. Franz-Georg Rips, Präsident Deutscher Mieterbund (DMB)**



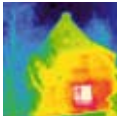
„Entgegen öffentlich verbreiteter Behauptungen sind die Änderungen am Energiekonzept keine „Verwässerungen“, sondern sachgerechte Korrekturen auf Vorschlag der Fachpolitiker aus den

Koalitionsfraktionen. Das anspruchsvolle Konzept erkennt das Wirtschaftlichkeitsprinzip an und verzichtet auf Zwang.

Die angestrebte Reduktion des Primärenergiebedarfs im Gebäudebereich um 80 Prozent bis 2050 ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Allein mit energetisch optimalen Gebäuden wird dies nicht zu realisieren sein. Es geht darüber hinaus um Fragen der Energiegewinnung und -versorgung, der energieeffizienten Stadtentwicklung sowie um das Nutzerverhalten und die sozialen Auswirkungen der immensen Kostenbelastungen im klimaneutralen Neubau und Bestand.“

**Lutz Freitag, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.**

■ Fortsetzung nächste Seite



## Eine Revolution für den Gebäudebereich?

### Energiekonzept der Bundesregierung dokumentiert und kommentiert

#### ■ Fortsetzung von Seite 2

80 Prozent. Das geltende Wirtschaftlichkeitsgebot ist dabei einzuhalten.

Der Standard für 2020 wird vergleichsweise moderat gewählt, so dass zunächst nur die energetisch schlechtesten Gebäude betroffen sind, die in der Regel auch bauphysikalisch saniert werden müssen. Bei der Sanierung haben die Eigentümer die Wahl zwischen Maßnahmen an der Gebäudehülle, der Verbesserung der Anlagentechnik oder dem Einsatz erneuerbarer Energien. Sie können auch selbst entscheiden, in welcher zeitlichen Reihenfolge Einzelmaßnahmen durchgeführt werden oder ob einmalig vollständig saniert wird. Ersatz-Neubau soll im Gebäudesanierungsprogramm förderfähig werden.

Sofern der Eigentümer die Zielwerte vorzeitig erfüllt oder übererfüllt, erhält er dafür eine staatliche Förderung. In diesem Sinne werden beispielsweise das bewährte CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm auch unter Berücksichtigung von Stadtquartieren fortgeführt und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten besser ausgestattet. Darüber hinaus werden steuerliche Anreize für die Förderung der Sanierung geprüft.

Für die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien im Gebäudebestand wird das Marktanzreizprogramm zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien im Wärmemarkt ab 2011 mit zusätzlichen Mitteln aus dem Sondervermögen nach Maßgabe des Wirtschaftsplans des Energie- und Klimafonds fortgeführt. Darüber hinaus prüfen wir eine haushaltsunabhängige Förderung durch ein Anreizsystem für erneuerbare Wärme innerhalb des Marktes.



Darüber hinaus wird die Bundesregierung ein Förderprogramm „Energetische Städtebausanierung“ bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auflegen. Ziel dieses Programms ist es, umfassende und lokal angepasste Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien

auf unbürokratische Weise anzustoßen und damit vielfältige Synergieeffekte zu nutzen.

Mit dem Ziel, verstärkt Energieeffizienzpotenziale im Gebäudebereich zu heben, wird die Bundesregierung das Mietrecht ausgewogen novellieren und für

energetische Sanierungen investitionsfreundlicher gestalten. Es ist deshalb auch zu überprüfen, ob und wie auch die Vergleichsmietenregelung geändert werden kann, um Fehlanreize für die Sanierung von Gebäuden zu vermeiden.

Die Möglichkeiten des Energie-Contracting werden erweitert, damit vor allem auch im Mietwohnungsbereich bestehende Einsparpotenziale effizient realisiert werden können. Die Bundesregierung wird deshalb die erforderlichen rechtlichen Änderungen umsetzen, um einen einheitlichen rechtlichen Rahmen für Wärmeliefer-Contracting zu schaffen. Ab 2013 soll Energieeinspar-Contracting bei der Öko-

#### ■ Fortsetzung nächste Seite



„Für die GASAG sind im Konzept der Bundesregierung die zentralen Handlungsfelder Wärmemarkt und energetische Gebäudesanierung von besonderer unternehmerischer Bedeutung. Hier muss

abgewartet werden, ob die genannten Grundsätze Wettbewerbsorientierung und Technologieoffenheit im nächsten Jahr bei der konkreten Ausgestaltung der ordnungspolitischen Instrumente (EEWärmeG, EnEV, KWK) bzw. der Fördermaßnahmen im Sinne des vorliegenden Konzeptes umge-

setzt werden. Wünschenswert wäre beispielsweise, wenn der ordnungspolitische Ansatz des EEWärmeG mit dem technologieoffenen Ansatz der EnEV harmonisiert würde. Außerdem sollte stärker berücksichtigt werden, dass die CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale der fossilen Energieträger Erdgas, Heizöl und Kohle sehr unterschiedliche Werte aufweisen und der Energieträger Erdgas unter Kosten-Nutzen-Aspekten besondere Berücksichtigung finden sollte. Die Tatsache, dass Bioerdgas deutlich an Stellenwert gewinnt und zwar sowohl in den Bereichen Wärme und Mobilität als auch im Strombereich wird von uns positiv bewertet.“

**Andreas Prohl, Vorstand GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft**

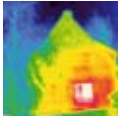


„Die Nicht-Berücksichtigung der Kraft-Wärme-Kopplung im Energiekonzept der Bundesregierung ist eine fatale Weichenstellung. Wenn wir unsere Klimaschutz- und Effizienzziele erreichen wollen, führt an

dieser Technologie kein Weg vorbei. Sie führt zu Primärenergieeinsparungen von bis zu 40 Prozent gegenüber der getrennten Erzeugung von Strom und Wärme in konventionellen Kraftwerken und

Heizkesseln. Es ist vollkommen unverständlich, warum sich die Bundesregierung jetzt im Alleingang sowohl von der zentralen als auch von der dezentralen KWK verabschiedet, während Kanzlerin Merkel noch 2007 beim G8-Gipfel in Heiligendamm zusammen mit den anderen Staatschefs der führenden Industrienationen eine Ausweitung dieser Effizienztechnologie versprach.“

**Michael Geißler, Geschäftsführer der Berliner Energieagentur GmbH und Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands (eaD)**



## Eine Revolution für den Gebäudebereich?

### Energiekonzept der Bundesregierung dokumentiert und kommentiert

#### ■ Fortsetzung von Seite 3

Steuer nur dann steuerbegünstigt sein, wenn ambitionierte Energieeinsparvorgaben erfüllt werden.

Die Bundesregierung wird prüfen, ob in dem EE-WärmeG die beste-

henden Anforderungen an die Nutzung erneuerbarer Energieträger stärker technologieoffen gestaltet werden.

Die Energiesteuern im Wärmemarkt werden mittelfristig in mehreren Schritten stärker nach den CO<sub>2</sub>-Emissionen der fossilen

Energieträger ausgerichtet. Die Anpassung erfolgt aufkommensneutral.

Vor dem Hintergrund der steigenden Anforderungen an den energetischen Standard von Gebäuden wird die Bundesregie-

rung die Wirtschaft auffordern, sich zu einer verbesserten und regelmäßigen Fortbildung von Handwerkern zu verpflichten und – wo notwendig – die Ausbildungsordnungen anzupassen.

Die Bundesregierung wird für ihre künftigen Neubauten und bei bestehenden Liegenschaften eine Vorbildfunktion bei der Reduzierung des Energieverbrauchs einnehmen. ...“



„Mit dem Energiekonzept muss die Energiewende am Wärmemarkt geschafft werden. Denn hier liegen die größten Potenziale mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis. Um den schlafenden Riesen

Wärmemarkt endlich wach zu küssen, setzt das Energiekonzept auf Anreize. Die Antwort auf die

Frage, wie diese ausgestaltet werden, bleibt das Energiekonzept allerdings weitestgehend schuldig. Deshalb muss hier jetzt schnell Klarheit geschaffen werden. Allein auf den Energie- und Klimafonds zu setzen, greift deutlich zu kurz. Die Erfahrung zeigt: Die größten Effekte auf die Investitionsbereitschaft haben finanzielle Anreize wie zum Beispiel Zuschüsse.“

**Andreas Lücke, Hauptgeschäftsführer des Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik e.V. – BDH**

Der vollständige Originaltext und ergänzende Materialien zum Energiekonzept unter: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) Stichwort „Energiekonzept“ in Suchmaske eingeben.



## NETZWERK ERDGAS gegründet

### Energieeffizienz für die Wohnungswirtschaft in Berlin-Brandenburg

Mit dem Netzwerk Erdgas ist Anfang Oktober eine neue Informations- und Beratungsplattform für Berlin und Brandenburg an den Start gegangen. Initiatorin des Netzwerks ist die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (NBB), die für das Funktionieren des rund 12.000 Kilometer langen Gasnetzes im Großraum Berlin-Brandenburg verantwortlich ist.

Das Netzwerk bietet unter [www.netzwerk-erdgas.de](http://www.netzwerk-erdgas.de) verschiedene Informations- und Beratungsangebote. Diese reichen von aktuellen wohnungswirtschaftlichen Energienachrichten über kostenfreie Beratungsangebote bis hin zu zielgruppenspezifischen Fachveranstaltungen.

Kern des Projektes ist es gewerbliche Erdgasnutzer über den wettbewerbsorientierten regionale Gasmarkt und deren Anbieter zu informieren. Ferner wird der Netzwerkgedanke im Gegensatz zu anderen Portalen dieser Art ganz real praktiziert. Ein „interner Marktplatz“ bietet

den Mitgliedern die Möglichkeit, sich direkt mit Gasanbietern, den regional tätigen Technologieanbietern und technischen Dienstleistern sowie Kollegen aus der Wohnungswirtschaft auszutauschen.

Von besonderem Interesse dürften die Leistungen eines unabhängigen Energie-Berater-Teams sein, das die regionale Wohnungs- und Immobilienwirtschaft bei der Umsetzung von Modernisierungsmaßnahmen unterstützt. Dieser Service kann kostenfrei in Anspruch genommen werden kann. Auch Rechtsfragen werden im Netzwerk kompetent beantwortet. Der Berliner



„Grundeigentumverlag“ stellt den Netzwerkmitgliedern die energiebezogenen Teile seiner Rechtsdatenbank kostenfrei zum Stöbern zur Verfügung.

Das Interesse an der neuen Plattform ist offensichtlich groß: So trafen sich bereits mehr als 100 interessierte Teilnehmer zur

Auftaktveranstaltung am 30. September im GASOMETER in Berlin-Schöneberg.

Weitere Informationen unter [www.netzwerk-erdgas.de](http://www.netzwerk-erdgas.de).



## Das aktuelle Interview

### Prof. Dr. Martin Jänicke

Prof. Dr. Martin Jänicke gilt als einer der Begründer der politikwissenschaftlichen Behandlung des Umweltthemas in Deutschland. Als langjähriger Leiter der renommierten Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin verfasste er zahlreiche Analysen, die u.a. das Themenfeld ökologische Modernisierung und Strukturwandel behandelten. Als Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen beriet er mehrere Bundesregierungen. Aktuell ist der 73-jährige zum Review Editor des IPCC AR5 berufen worden.

Energie-ImpulsE führte mit ihm ein Interview über die deutsche Energie- und Klimapolitik vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen.

**Pöschk:** Ist Deutschland in der internationalen Klimapolitik immer noch Vorreiter?

**Prof. Dr. Jänicke:** Ich denke schon. Allerdings haben wir heute einen rasanten industriepolitischen Wettbewerb um klimafreundliche Techniken. Dabei gerät Deutschland unter Druck. Aber alles in allem haben wir die Ziele anspruchsvoll gehalten und bei den erneuerbaren Energien sogar angehoben. Auch bei den Patenten spielt Deutschland immer noch eine große Rolle.

**Pöschk:** Stichwort industriepolitischer Wettbewerb: Reicht das Exportargument als Begründung für Klimaschutz in Deutschland?

**Prof. Dr. Jänicke:** Sicherlich nicht. Wir haben beim Klima das Problem, dass die Erwärmung sich beschleunigt. Bei nur 0,8 °C durchschnittlicher Erwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit finden heute erstmals Wetterereignisse statt, deren katastrophale Effekte in Russland und Pakistan nationale Dimensionen angenommen haben. Und deshalb ist der Klimawandel allein ein hinreichender Grund, entschlossene Maßnahmen zu ergreifen.

**Pöschk:** Klimaschutz wird in Deutschland momentan sehr unter das Wirtschaftlichkeitsgebot gestellt. Ist hier in der politischen Vermittlung etwas falsch gelaufen?

**Prof. Dr. Jänicke:** Ich glaube, dass die wissenschaftliche Aufklärung inzwischen besser geworden ist und auch besser „ankommt“.

Deutschland hat in der Forschung eine beachtliche Wissensbasis geschaffen. Was bei uns und in vielen anderen Ländern nicht so gut funktioniert ist der Wissenstransfer über die Massenmedien. In einer Demokratie muss eine große Informationsbreite erreicht werden, wenn anspruchsvolle Politik Akzeptanz beim Wähler finden soll. Eine kleine klimapolitisch hoch informierte Elite reicht nicht aus.

**Pöschk:** Mit welchen Motivationsansätzen sollte die Politik operieren? Moralisch, kostenorientiert, katastrophen- und angstbesetzt?

**Prof. Dr. Jänicke:** In der Regel ist Angst nichts wert, wenn man keinen Ausweg bietet. Und in Deutschland kann man positiv darauf setzen, dass eine entschiedene Klimapolitik Vorteile (z. B. bei der Einsparung von Energiekosten) bietet. Deutschland ist auch das einzige mir bekannte Land, wo in Umfragen 62 Prozent finden, dass anspruchsvoller Klimaschutz ein wirtschaftlicher Vorteil ist.

**Pöschk:** Das bringt uns zur alten Diskussion über die klimapolitische Instrumentierung. Was hilft: Mehr Ordnungsrecht oder mehr finanzielle Anreize?



**Prof. Dr. Jänicke:** Wir brauchen einen Instrumentenmix. Da geht es um ökonomische Instrumente wie den Emissionshandel oder Energiesteuern, aber ebenso um Regulationen und Standards. Und schließlich bedarf es fast immer auch der unterstützenden Instrumente von der öffentlichen Beschaffung bis zur Verbraucherkennzeichnung. Wir haben Bereiche wie die Förderung von grünem Strom mit einem einzigen Erfolgsinstrument: den Einspeisevergütungen. Und wir haben den Wohnungssektor, wo Verbrauchsstandards, Subventionen und auch die Öko-Steuer wirken. Standards können spezifisch treffsicher sein, ökonomische Instrumente wirken mehr in der Breite.

**Pöschk:** Wenn man sich die aktuell heftig diskutierten Kosten im Photovoltaik-Bereich anschaut – Wie können wir Fehlsteuerungen im Bereich der Erneuerbaren verhindern?

**Prof. Dr. Jänicke:** Bei den Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien sind Korrekturen vorgenommen worden. Meiner Ansicht nach war es auch nicht nötig, 20 Jahre lang zu fördern. Das Instrument selber ist jedoch nicht ohne Grund so erfolgreich. 50 Länder haben es inzwischen nach-

geahmt. Es bedeutet zunächst auch Kosten, die über den normalen Energiekosten liegen. Aber das ist eben auch die Investition in eine Entwicklung, die langfristig zu geringeren Kosten führt. Da die herkömmlichen Energieträger eine Kostensteigerung erwarten lassen – auch bei Kohle wird von einem Anstieg ausgegangen – ist absehbar, dass die erneuerbaren Energien einen Beitrag zur Stabilisierung der Energiekosten leisten. Außerdem investieren viele Länder mit den zeitweiligen Zusatzkosten bei den erneuerbaren Energien in ihre Weltmarktposition. Eine Exportposition wie wir sie in Deutschland haben kostet nun einmal auch.

**Pöschk:** Beim EEG gab es – exemplarisch für verschiedene Bereiche im Klimaschutz – viel Klientelpolitik und Lobbykampf. Hat Klimapolitik ihre Unschuld verloren?

**Prof. Dr. Jänicke:** Demokratische Politik ist nun einmal durch Kompromisslogik gezeichnet. Das Problem daran ist, dass die Einflussnahme der starken Player und auch der starken Dinosaurier oft ein erhebliches Übergewicht hat. Da gibt es den Kampf

■ Fortsetzung nächste Seite



## Das aktuelle Interview

### Prof. Dr. Martin Jänicke

#### ■ Fortsetzung von Seite 5

zwischen den erneuerbaren Energien und den Anbietern von Grundlaststrom. Die einen sind wirtschaftlich erfolgreich und die anderen haben Macht. Dennoch zeichnet die klimafreundlichen Technologien eine hohe Wachstumsdynamik aus. Die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien sind in einer Reihe von Ländern mehrfach angehoben worden – eine Tempobeschleunigung des Innovationsprozesses, die sich auch theoretisch als Wechselspiel dreier Zyklen erklären lässt. Wir haben den dramatischen Fall in China, wo das Ziel für die Windenergie im Jahre 2020 schrittweise von 20.000 MW auf 100.000 MW und schließlich „inoffiziell“ auf 150.000 MW erhöht worden ist. Jetzt gibt es Versuche, dieses enorme Tempo wieder zu bremsen. Trotzdem wird aber das hohe Aufbautempo grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Das muss nicht heißen, dass die Klimapolitik erfolgreich ist. Es war aber mehr als man zunächst erwarten konnte.

**Pöschk:** Auf die andere Seite der Klimadebatte: Holt Deutschland bei der Atompolitik nur das nach, was andere Staaten längst machen?

**Prof. Dr. Jänicke:** Die Atomenergie lebt seit den späten 70er Jahren von dem Mythos, dass es ein großes Comeback geben könnte. Bisher hat es das nicht gegeben. Ich bin sicher, dass die Atomenergie in kompetitiven Märkten keine Chance hat, es sei denn, dass Regierungen erheblich subventionieren. Die Investitionskosten sind einfach zu hoch. Die Atomenergie kann von dem Ausbautempo der erneuerbaren Energien und dem massiven Kapitalstrom in diese Richtung nur träumen.

**Pöschk:** Wie stehen Sie zum Argument, dass die Laufzeitverlängerung die Markteinführung der Erneuerbaren bremst und behindert?

**Prof. Dr. Jänicke:** Es gab ja schon 1986 ein wissenschaftliches Gutachten, das davon ausging, dass der Ausstieg aus der Atomenergie einen Innovationsschub auslösen würde. Und so ist es gekommen. Davon abgeleitet,

Frankreich und Großbritannien Klima- und Umweltziele verankert. Das ist der neue Trend. Man kann dabei eine Erfahrung festhalten: Wenn die Ziele zu hoch angesetzt werden, werden sie oft einfach vergessen (wie das deutsche 25 Prozent-Klimaziel für 2005). Werden sie zu niedrig gehalten, werden sie oft sogar unterboten. Ziele müssen also hart an den Grenzen dessen liegen, was technisch machbar ist.

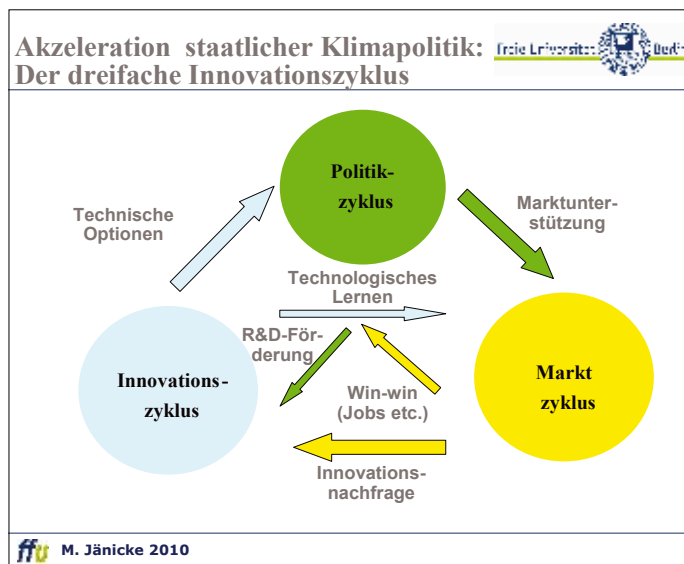
**Pöschk:** Kritiker eines ambitionierten Klimaschutzes fürchten negative Folgen z.B. im Bereich sozialer Belastungen oder im Denkmalschutz.

**Prof. Dr. Jänicke:** Man hat ja die drei Optionen, die im Energiekonzept auch genannt werden: Man kann auf die Heizung setzen, auf die Wärmedämmung, ein Passivhaus bauen oder man versucht es mit Fernwärme oder KWK. Bei denkmalgeschützten Häusern gibt es die Dämmtapeten von innen. Ich denke, in all diesen Bereichen ist das Entfesseln eines Trends wichtig. Wenn ein Trend erst einmal da ist, dann ist auf dieser Linie auch ein Wettbewerb zu erwarten.

**Pöschk:** Ganz generell: Sind steigende Energiepreise ein Innovationsmotor?

**Prof. Dr. Jänicke:** Wir haben in der Forschungsstelle schon in den 90er Jahren die Entdeckung gemacht, dass in Japan ein hoher und sogar progressiver Strompreis für die Industrie erstaunliche Innovationseffekte hatte. Eingeführt wurden diese Strompreise weil der Bau neuer Kraftwerke durch Bürgerwiderstand behindert war. Der Effekt war ein beachtlicher Effizienzgewinn der Industrie. Wenn Japan heute immer noch hohe Energieeffizienz aufweist, hat das die Politik über die progressiven Strompreise bewirkt. Da hat mancher gedacht: Bei solchen Strompreisen bricht das System zusammen! Aber keineswegs. Die Japaner haben neue Techniken exportieren können und einen Effizienzgewinn erzielt, der nachhaltig ist.

**Pöschk:** Prof. Dr. Jänicke, ich danke Ihnen für das Gespräch.



könnte man sagen, dass eine Verlängerung der Laufzeiten bedeutet, dass der Innovationsdruck nachlässt.

**Pöschk:** Im Gebäudebereich operiert das Energiekonzept mit langfristigen Zielen bis 2050. Ihre Erfahrungen aus dem internationalen Bereich: Wie sind Langfristziele im konkreten politischen Bereich sinnvoll zu verankern?

**Prof. Dr. Jänicke:** Ich denke, eine zielorientierte Klimapolitik, also das Ableiten von Zielen aus wissenschaftlichen Analysen und die schrittweise politische Umsetzung mit der Forcierung positiver Marktentwicklungen, ist der richtige Ansatz. Umweltpolitik ist generell zielorientierter geworden. So haben z.B. Schweden,

**Pöschk:** Wenn man die Klima- und energiepolitische Arena insgesamt betrachtet, fällt auf, dass bedarfsreduzierende Maßnahmen tendenziell geringes Gewicht besitzen. Der Verkehrsbereich ist gar quasi völlig rausgenommen aus der Diskussion. Ihre Erklärung?

**Prof. Dr. Jänicke:** Das liegt daran, dass Märkte für die Einsparung sich nicht so leicht bilden, wie Märkte für Angebotstechnologien. Aber wenn man genau hinguckt, ist der Unterschied nicht so groß. Wenn Einsparung heißt, ein Markt für Wärmepumpen, ein Markt für Dämmmaterial, ein Markt für Fenster usw., dann ist es die gleiche Konstellation. Man hat Märkte, die man gezielt fördern kann und deren Wachstum sekundäre Effekte auslösen.



## Global - aber gerecht

### Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen

**Nach dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen befinden sich Klima- wie Entwicklungspolitik in einer Sackgasse. Doch auch wenn erneut keine verbindlichen Zusagen getroffen wurden, sind folgende Grundaussagen politischer und gesellschaftlicher Konsens: 1. Der Klimawandel wird hauptsächlich durch den Menschen verursacht! 2. Ungebremster Klimawandel birgt hohe Risiken! 3. Gefährlichen Klimawandel kann man vermeiden!**

Klimaschutz ist zweifellos im Interesse aller Menschen. Um wirklich zu Lösungen zu kommen, sind aber erhebliche Anreize für Staaten, Kommunen und jeden Einzelnen notwendig. Eine besondere Herausforderung dabei ist, Klimaschutz mit Entwicklungspolitik zu verbinden. Dabei ergibt sich auf den ersten Blick ein Dilemma.

Einerseits gilt es einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden, um nicht die Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen aufs Spiel zu setzen. Andererseits werden die Entwicklungsländer kaum bereit sein, sich an der Vermeidung von Emissionen zu beteiligen, wenn dies ihren Spielraum für wirtschaftliche Entwicklung einschränkt.

#### ► Das Risiko gefährlichen Klimawandels

Nahezu zwei Drittel der globalen Emissionen gehen auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe durch Industrie, Verkehr oder Privathaushalte zurück. Gut 30 Prozent entstehen bei der Landwirtschaft sowie veränderter Landnutzung, vor allem bei großflächigen Abholzungen tropischer Regenwälder. Ein weiterer Anstieg der globalen Mitteltemperatur ist schon wegen der großen Zeitverzögerung, mit der das Klimasystem auf Emissionen reagiert, unausweichlich.

Die Folgen einer globalen Erwärmung von mehr als 2 °C (im Vergleich zum vorindustriellen

Niveau) werden mit großer Wahrscheinlichkeit massive Konsequenzen für viele heute und zukünftig lebende Menschen haben. Deshalb ist das Ziel, die Klimaerwärmung auf nicht mehr als 2 °C zu begrenzen, eine überzeugende Orientierung für die zukünftige Klimapolitik. Bei einem weniger ambitionierten Temperaturziel wären die reinen Vermeidungskosten sowie die möglichen technologischen Risiken zwar geringer. Allerdings wären die Kosten eines ungebremsten Klimawandels allein bis zum Ende dieses Jahrhunderts um ein Vielfaches höher als die Vermeidungskosten zur Einhaltung des 2 °C-Ziels.

Abbildung 1 zeigt die erwartete klimabedingte Produktionsveränderung in der Landwirtschaft zwischen 1990 und 2050 in Prozent dargestellt, für den Fall, dass keine Anpassungsmaßnahmen durchgeführt werden. Ertragsrückgänge sind in ganz Afrika und Australien sowie in Teilen Mittel- und Südamerikas, den USA und in Südasien zu erwarten. In den übrigen Regionen reagieren die Kulturpflanzen positiv auf die berechneten Änderungen von Temperatur und Niederschlag.

Abbildung 2 zeigt die Gefahren für Menschen in Küstenregionen, die durch klimabedingten Meeresspiegelanstieg oder vermehrte Stürme und Fluten in Küstennähe auftreten werden. Ein großer Teil der Menschen lebt bereits in Küstennähe. Auf der Weltkarte ist die Zunahme des Bevölkerungsanteils (in Prozent) abgebildet, der ohne verstärkten Küstenschutz durch den Meeresspiegelanstieg jährlich von Überflutung bedroht ist. Besonders gefährdet sind Küstenregionen in Ostasien, Afrika und Lateinamerika.

Dafür gibt es nachvollziehbare Gründe: Der klimatische Nutzen von Emissionseinsparungen tritt erst nach Jahrzehnten ein, während gerade die Schwellenländer die notwendige wirtschaftliche Entwicklung möglichst schnell vorantreiben wollen. Sie befürchten daher nicht zu Unrecht, dass eine drastische Klimapolitik ihren Spielraum für Wirtschaftswachstum einschränken würde.

Außerdem haben diese Länder die Atmosphäre in der Vergangenheit – anders als die Industriestaaten – kaum belastet und die Pro-Kopf-Emissionen der Industrieländer sind nach wie vor deutlich höher als in allen Entwicklungs- und Schwellenländern, China und Indien eingeschlossen.

Umgekehrt ist allerdings auch eine nachholende Entwicklung aller Entwicklungs- und Schwellenländer nach dem Muster des energie- und emissionsintensiven Wirtschaftsmodells im Norden keine Lösung, weil dies einen ungebremsten Klimawandel nach sich ziehen würde.

Daher müssen alle Länder ihre Energieeffizienz steigern und möglichst schnell den Einstieg in eine kohlenstoffarme Energieversorgung finden.

Aus dieser Problematik ergeben sich somit folgende zentrale politische Botschaften:

#### ► Das Risiko gefährlicher Emissionsminderung

Einen gefährlichen Klimawandel durch wirksamen Klimaschutz zu vermeiden ist im Interesse aller Länder.

Warum sind aber die Industrie- und auch die Schwellenländer bisher kaum bereit, ihre Emissionen zu mindern bzw. das Emissionswachstum zu begrenzen?

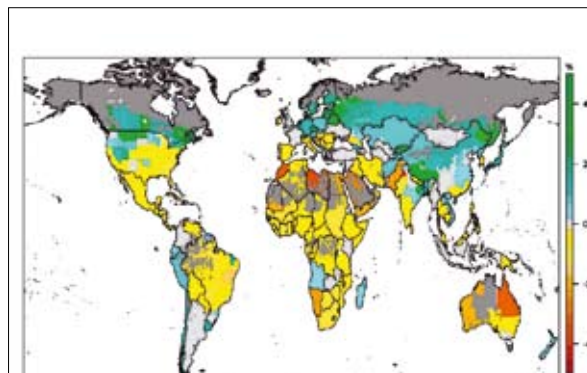


Abb. 1: Prozentuale Änderung der landwirtschaftlichen Produktion durch klimabedingte Ertragsveränderungen zwischen 1990 und 2050.

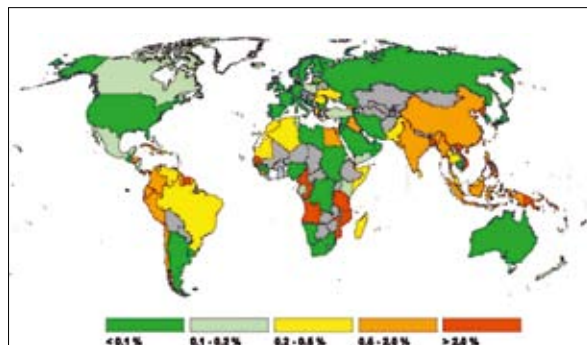


Abb. 2: Zunahme des Bevölkerungsanteils in Regionen, die ohne verstärkten Küstenschutz durch den Meeresspiegelanstieg jährlich überflutet würden (bezogen auf den Zeitraum 2000–2070)



## Global - aber gerecht

### Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen

#### ■ Fortsetzung von Seite 7

#### 1) Globale Kooperation ist notwendig und möglich!

Angesichts der vielfältigen Verknüpfungen zwischen globaler Armut und den Folgen des Klimawandels ist eine Gesamtsicht unverzichtbar. Auf dieser Basis ist dann eine neue Ära der globalen Zusammenarbeit zu beginnen. Dazu sind verbindliche Regeln sowie faire und transparente Verfahren notwendig, an denen alle Betroffenen in angemessener Weise beteiligt sein müssen. Durch die Verknüpfung von Klima- und Entwicklungspolitik werden die Chancen für eine globale Kooperation erhöht, weil damit dem Anliegen wirtschaftlicher Entwicklung von Schwellen- und Entwicklungsländern Rechnung getragen wird.

#### 2) Verwundbarkeit der Entwicklungsländer muss reduziert werden!

Arme Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern sind durch den Klimawandel besonders benachteiligt. Weder haben sie schnellen Zugang zu Informationen um sich z.B. vor Umweltkatastrophen zu schützen, noch haben sie finanzielle Rücklagen oder eine gesicherte Versorgung mit Nahrung.

Ein Beispiel: Ein möglicher Rückgang und eine erhöhte Variabilität der Niederschläge bedrohen halbtrockene und trockene Regionen. Niederschläge konzentrieren sich auf wenige Monate, oft existiert aber keine ausreichende Infrastruktur zur Wasserversorgung in Trockenzeiten (Tiefbrunnen, Wasserspeicher). Bei starkem Bevölkerungswachstum und ungebremstem Klimawandel wird sich deshalb die Zahl der hungernden Menschen in diesen Regionen wahrscheinlich weiter erhöhen.

#### 3) Menschenrechte und Gerechtigkeit sind das Maß aller Dinge!

Der Klimawandel ist kein rein technisches Problem. Er lässt sich nur bewältigen, wenn zentrale Aspekte der Gerechtigkeit berücksichtigt werden. Dabei greift es aber zu kurz, sich auf die Verteilung von Emissionsrechten zu beschränken. Notwendig sind gerechte Rahmenbedingungen, die es Entwicklungs- und Schwellenländern erlauben, sich

aktiv am Klimaschutz zu beteiligen, ohne dadurch ihre berechtigten Ansprüche auf breitenwirksame Entwicklung aufzugeben. Die Industrieländer stehen in dieser Hinsicht in besonderer Verantwortung, weil sie über finanzielle, ökonomische und technische Kapazitäten sowie den notwendigen politischen Einfluss verfügen, die für eine Lösung dieser Probleme unabdingbar sind. Einen sinnvollen Ausgangspunkt für ethische Überlegungen bieten die Menschenrechte. Von diesen ausgehend lassen sich drei Dimensionen von Gerechtigkeit bestimmen: Befriedigung von Grundbedürfnissen, möglichst gleiche Handlungschancen und faire Verfahren.

Einen sinnvollen Ausgangspunkt für ethische Überlegungen bieten die Menschenrechte. Von diesen ausgehend lassen sich drei Dimensionen von Gerechtigkeit bestimmen: Befriedigung von Grundbedürfnissen, möglichst gleiche Handlungschancen und faire Verfahren.

#### 4) Klimaschutz braucht einen Global Deal!

Klimaschutz, Anpassung und Entwicklung lassen sich finanziell wie technisch gemeinsam bewältigen. Dazu bedarf es jedoch des entsprechenden politischen Wil-

lens der Weltgemeinschaft sowie einer Verknüpfung verschiedener Maßnahmen. Ein solcher Global Deal für Klima und Entwicklung muss aus fünf Säulen bestehen:

#### ► Säule I: Begrenzung, Verteilung und Handel von CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten

Emissionen müssen weltweit einen Preis bekommen. Zunächst gilt es die Gesamtmenge der Emissionen, die noch abgela-

gert werden darf, zu begrenzen. Ein Handel mit diesen begrenzten Emissionsrechten bietet dann die Möglichkeit, die notwendige Minderung der Emissionen zielgenau und zugleich effizient zu erreichen. Zudem eröffnet er die Chance einer

globalen Umverteilung von Einkommen, was sich auch positiv auf die Situation armer Bevölkerungsteile in Entwicklungsländern auswirken könnte.

#### ► Säule II: Nachhaltige Nutzung von Wäldern

Die Abholzung der tropischen Wälder trägt mit rund 20 Prozent zu den gesamten globalen Emissionen bei. Wälder haben eine wichtige Funktion für den Klimaschutz, weil sie als CO<sub>2</sub>-Speicher dienen. Nicht nur deshalb, müssen sie nachhaltig genutzt und geschützt werden.

#### ► Säule III: Förderung und Austausch klimafreundlicher Technologien

Die Absenkung der weltweiten

Emissionen erfordert neue klimafreundliche Technologien. Nur breit gefächerte Optionen in diesem Feld erlauben einen ambitionierten Klimaschutz. Energieeffizienz, erneuerbare Energien und die Nutzung von Biomasse spielen dabei eine zentrale Rolle. Aber auch neue Technologien wie die Abtrennung von Kohlenstoff und seine unterirdische Einlagerung (CCS: Carbon Capture and Storage) können hierfür wichtig sein.

Die Kosten für Emissionen im Rahmen des vorgeschlagenen Emissionshandels werden allein nicht genügend Anreize schaffen, um den nötigen Technologiewandel zu bewirken. Vielmehr ist es erforderlich, geeignete Technologien weltweit direkt zu fördern und den internationalen Austausch solcher Technologien voranzutreiben.

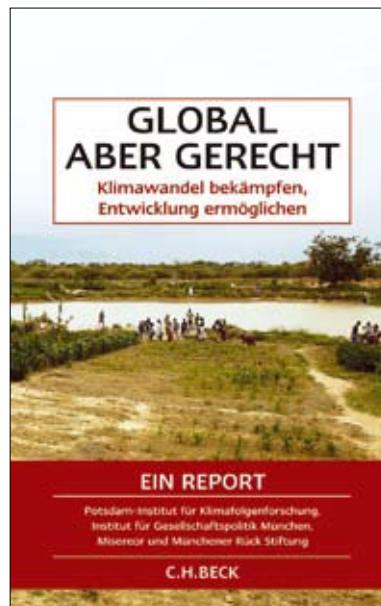
#### ► Säule IV: Internationale Anpassungsunterstützung

Negative Klimafolgen werden sich auch im Falle einer sofortigen Minderung von Emissionen nicht vermeiden lassen. Die ärmeren und stärker dem Klimawandel ausgesetzten Länder und Menschen muss man bei der Anpassung an diese negativen Auswirkungen des Klimawandels unterstützen.

Unverzichtbar ist dazu ein internationaler Anpassungsfonds mit ausreichend Mitteln – und zwar zusätzlich zur öffentlichen Entwicklungshilfe.

#### ► Säule V: Stärkung von Entwicklungspolitik

Klimaschutz und Anpassung dürfen nicht dazu führen, dass man die Anliegen der Entwicklungspolitik aus dem Blick verliert. Ihr Hauptziel ist und bleibt es, eigenständige Entwicklung zu



■ Fortsetzung nächste Seite unten



## Klimaschutz besteht nicht nur aus Vermeidungskosten!

Kaum war der erste Entwurf des Berliner Klimaschutzgesetzes herausgekommen, erscholl ein großes Wehklagen über die daraus erwachsenen Kosten. Auch die ersten Kommentare zu dem klimaschutzpolitischen Teil im Entwurf des von der schwarz-gelben Koalition verabredeten sogenannten Energiekonzeptes (zu dem wir hier durchaus nicht die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke rechnen sollten) befassten sich vor allem mit den Kostensteigerungen als Folge der für 2050 angestrebten „Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudesektor in der Größenordnung von 80 Prozent“, um einen „nahezu klimaneutralen Gebäudebestand“ zu erreichen.

In beiden Fällen stand sofort die Wohnungswirtschaft mit der Drohung einer drastischen Kostenexplosion und Mietenerhöhung auf dem Plan. Schön hat dies die BILD-Zeitung überschrieben: „Merkel schockt Millionen Mieter. Verbände auf den Barrikaden“. Und das sind nicht nur die Verbände der Wohnungswirtschaft, sondern auch jene der Mieter. So titelte der Tagesspiegel am 9. Oktober in seinem Lokalteil „Mieterverein: Fast jeder Dritte müsste umziehen“. Dies gibt nur einen kleinen Vorgeschmack dessen, was noch geschehen wird, wenn die Bundesregierungen (die jetzige wie die folgenden) ihre klimaschutzpolitischen Ziele so ernst nimmt, dass sie sogar die dazu notwendigen politischen Maßnahmen umzusetzen bereit ist.

Sicher, die Kostenwirkungen klimaschutzpolitischer Maßnahmen sollten nicht klein geredet werden, doch sollte man nicht allen der in die gegenwärtige Diskussion geworfenen Kostenangaben trauen. Abgesehen davon, dass

energiesparende Investitionen schon für sich genommen nicht nur Kosten verursachen, sondern gleichzeitig zu einer erheblichen, mit steigenden Energiepreisen sogar noch zunehmenden Minderung der Energiekosten führen.

Jede Klimadiskussion greift ohnehin zu kurz, wenn sie lediglich auf die Frage nach den Kosten verengt wird. Wir können doch wohl nur dann zu einer vernünftigen Beurteilung kommen, wenn wir gleichzeitig den Nutzen der Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigen. Bevor man sich über die Kosten von Klimaschutzmaßnahmen streitet, sollte man sich zunächst einmal auseinandersetzen mit den klimaschutzpolitischen Zielen und deren Begründungen. Selbst international gibt es inzwischen einen breiten Konsens – und dies hatte die Staatengemeinschaft selbst auf der insgesamt wenig erfolgreichen Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 bestätigt, dass der globale Temperaturanstieg auf höchstens 2 Grad Celsius begrenzt



und alle zur Erreichung dieses Ziels notwendigen Maßnahmen ergriffen werden müssen. Die konsequente Verfolgung dieses Zieles ist unabdingbar, weil uns bei einem höheren Anstieg zunehmende Nahrungsmittel- und Wasserknappheit, extreme Wetterphänomene, ein Anstieg der Meeresspiegel mit den damit verbundenen Überflutungen großer Küstenregionen und in deutlich größerem Umfang die Zerstörung einzigartiger Ökosysteme drohen.

Weltweit werden wir den Temperaturanstieg und dessen Folgen nur begrenzen können, wenn die Treibhausgasemissionen bis Mitte dieses Jahrhunderts auf die Hälfte des Emissionsniveaus im Jahr 1990 reduziert werden. Wesentlich ist auch die vom Europäischen Rat bekräftigte Überzeugung, dass die Gruppe der Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen im Rahmen nationaler und ergänzender

internationaler Bemühungen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent unter das Niveau von 1990 senken muss. Dies leitet sich aus der Erkenntnis ab, dass die Industrieländer mit ihrem hohen Energieverbrauch und den damit verbundenen Treibhausgasemissionen die Hauptverursacher des globalen Klimawandels sind. Zu diesen Hauptverursachern gehört übrigens auch Deutschland als immerhin der weltweit sechstgrößte CO<sub>2</sub>-Emittent. Die Industrieländer tragen deshalb auch eine besondere ethische Verantwortung für die Umsetzung einer besonders ambitionierten Klimaschutzpolitik. Nur so werden die sich erst entwickelnden Ländern noch genügend Raum erhalten für deren weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Vor lauter Diskussionen über die vermeintlichen oder tatsäch-

■ Fortsetzung nächste Seite

### ■ Fortsetzung von Seite 8

fördern und Handlungsvermögen zu stärken.

### ► Breite Mobilisierung und Vernetzung von Akteuren des Wandels

Die Verwirklichung des Global Deal ist auf politische Führungskraft angewiesen. Nur so lässt sich eine neue Ära internationaler Zusammenarbeit einleiten. Der Global Deal kann als Orientierung dienen, um die nötigen institutionellen Voraussetzungen zu schaffen und die unvermeid-

lichen Lasten fair und möglichst gerecht zu verteilen. Dieser Global Deal hat durchaus den Charakter einer Utopie und erfordert große politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Anstrengungen. Sich dieser Aufgabe zu entziehen käme einer Kapitulation gleich.

Auszug aus dem Report „Global aber gerecht – Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen“ des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und des Instituts für Gesellschaftspolitik München, ISBN 978-3406-60656 4. [Online bestellen unter: www.klima-und-gerechtigkeit.de](http://www.klima-und-gerechtigkeit.de)

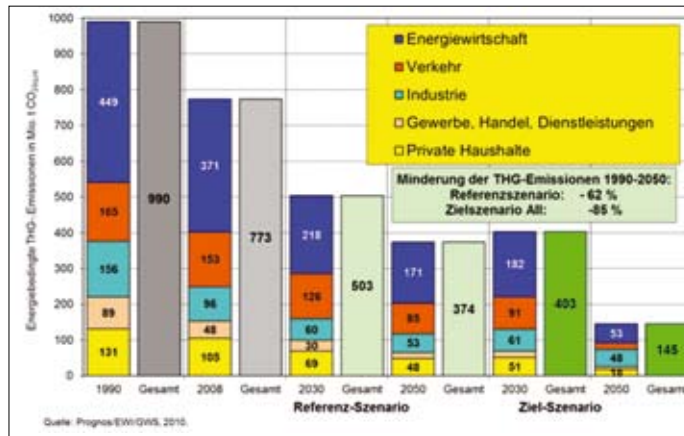


# Klimaschutz besteht nicht nur aus Vermeidungskosten!

■ Fortsetzung von Seite 9

lichen Kosten des Klimaschutzes sollten wir auch nicht die Kosten vergessen, die sich aus den Schäden des globalen Klimawandels auch für unsere Regionen – ergeben werden. Diese Schäden zu vermeiden, zumindest aber zu begrenzen, was ja gerade das Ziel einer jeden Klimaschutzpolitik ist, relativiert aber die hierzu geführte Kostendiskussion erheblich. Studien zeigen ja, dass die Kosten zur Vermeidung des Klimawandels sogar deutlich niedriger sein dürften als die mit dem Klimawandel einhergehenden Schadenskosten.

Wie in vielen anderen Bereichen geht es auch bei der Frage danach, wer die Kosten des Klimaschutzes zu tragen hat, um eine Verteilungsfrage – und dies nicht nur international sondern auch national. Es ist ja richtig, dass wohl nicht alle Menschen gleichermaßen in der Lage sein werden, die vermutlich entstehenden Mehrkosten von Klimaschutzmaßnahmen zu tragen. Hier muss das gelten, was ohnehin Maßstab ist oder



Die künftige Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland nach den Energieszenarien für das Energiekonzept der Bundesregierung

zumindest sein sollte: Dass die wirtschaftlich besser ausgestatteten Menschen mehr Lasten zu tragen haben und auch tragen können als jene, die am Existenzminimum leben. Bezogen beispielsweise auf den Mietwohnungsbereich bedeutet dies, dass sozial schwächere Haushalte nur so lange mit Mehrkosten belastet werden sollten wie dadurch die Warmmietenneutralität noch gewährleistet werden kann.

Natürlich sind wir mit dem Problem konfrontiert, dass diejenigen, die die Kosten des Klimaschutzes tragen sollen, nicht

in jedem Fall mit denjenigen identisch sind, die den Nutzen einer wirksamen Klimaschutzpolitik haben. Soweit dies das Verhältnis der Industrieländer zu den Entwicklungs- und Schwellenländern betrifft, ist es wohl nur recht und billig, wenn sie sich aus den oben genannten Gründen solidarisch zeigen. Auch Deutschland darf sich dem nicht entziehen.

Im übrigen sollten wir nicht vergessen, dass mit einer wirksamen Klimaschutzpolitik auch viele positive Nebeneffekte erzielt werden. Klimaschutz-

politik heißt doch auch immer Reduktion des Einsatzes fossiler Energien und damit die Abkehr von diesen ohnehin endlichen Ressourcen, die zudem überdies importiert werden müssen. Und – mit Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen und in erneuerbare Energien tragen wir entscheidend zu einem Strukturwandel – hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze – bei. All diese positiven Effekte dürfen wir nicht vergessen, wenn medienwirksam nur mit Blick auf die Kosten Front gegen ambitionierte Klimaschutzziele und die dazu notwendigen klimaschutzpolitischen Maßnahmen gemacht wird. Die Frage ist nicht, ob wir uns einen ambitionierten Klimaschutz leisten können, sondern eher, ob wir darauf verzichten können.

**Kontakt:**

Dr. Hans-Joachim Ziesing  
Vorsitzender des  
Berliner Klimatschutzzrats  
E-Mail: [hziesing@t-online.de](mailto:hziesing@t-online.de)

[www.berliner-impulse.de](http://www.berliner-impulse.de)



[www.berlin.de/sen/umwelt](http://www.berlin.de/sen/umwelt)



## Klimawandel – und was nun?

**Das Forschungsprojekt INKA BB, Innovationsnetzwerk Klimaanpassung Brandenburg Berlin, untersucht Anpassungsstrategien für regionale Folgen des Klimawandels – mit Impulswirkung für weitere Regionen.**

Starkregen, Überschwemmungen, anhaltende Hitze und Dürre: diese Wetterextreme nehmen weltweit zu. Auch Berlin-Brandenburg beobachtete in 2010 einen extrem langen und harten Winter, ebenso wie einen sehr heißen Sommer mit Wochen ohne Niederschläge. Dann folgte wiederum der nasseste August seit dem Jahr 1881 in Deutschland, wie der Deutsche Wetterdienst ermittelte.

Dies alles hat Auswirkung auf Mensch und Natur. Im städtischen Raum muss der Einzelne mit Hitzerekorden zurechtkommen, ebenso wie mit starken Temperaturabfällen in kürzester Zeit.

Auch der ländliche Raum, die Landnutzung und die Wasserbewirtschaftung haben mit den Wetterextremen zu kämpfen, die alle Indikatoren für einen Klimawandel sein können.

Ausschwemmung der Böden mit Folge sinkender Nährstoffgehalte sind hier Thema, ebenso wie die Austrocknung und Winderosion von Ackerflächen. Wo eine Region möglicherweise zu viel des guten Nass erfährt, erhält eine andere Region zu wenig.

### ► Sandbüchse Brandenburg: Wasser versickert

Schon zu Kaisers Zeiten lächelte man scherzhaft über die sandigen Böden der Mark. Doch das Problem der „Streusandbüchse“ ist auch heute noch ein ernstes: Der Boden kann die vielen Wasser- und Regenmengen nicht halten, größtenteils versickern sie. Je mehr Mensch und Maschine zusätzlich bewässern, desto mehr wäscht der Boden aus. Die Folge: wertvolle Nährstoffe gehen verloren. Eine

große Herausforderung an die Bauern und landwirtschaftlichen Betriebe. Doch was können sie tun?

### ► Rettet den Spargel!

Nicht nur Brandenburg, auch andere Regionen Deutschlands, wie Mecklenburg-Vorpommern oder das Rhein-Main-Gebiet, kämpften dieses Jahr mit witterungsbedingten Ertragschwankungen. So meldeten diese aufgrund des langen Winters verzögerte Ernten oder Ertragseinbußen beim Spargel. Dabei werden rund 80 Prozent des deutschen Bedarfs mit heimischem Spargel gedeckt. Was kaum bekannt ist: Brandenburg ist nach Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen das drittgrößte Spargelanbaugebiet Deutschlands. Besonders das Gebiet rund um Beelitz ist für sein Edelgemüse bekannt – und kämpft als klassisches Anbaugebiet mit den möglichen Folgen des Klimawandels.

Auch hier besonders problematisch: die zusätzlich nötige Bewässerung und leider allzu leichte Versickerung im sandigen Boden. Doch Forscher von INKA BB haben in einem Teilprojekt in diesem Sommer nun eine Lösungsmöglichkeit erstmals im Feldversuch getestet.

### ► Lösung von der Wurzel an?

Hilfe kann eine tensiometergesteuerte Bewässerung bieten, die nun auf der Pilotanlage nahe Beelitz erprobt wird. Der Clou: Hier wird nicht in klassischer Weise von oben und mit hohem Aufwand bewässert, sondern durch unterirdische



Tröpfchengabe an der Spargelwurzel direkt. Dies soll zukünftig sogar über Funk gesteuert werden. So wird ein effizienter und vor allem auch ressourcenschonender Umgang mit Wasser erzielt. „Dies ist unumgänglich, berücksichtigt man die zu erwartenden Klimaveränderungen mit weniger Niederschlägen während der Vegetationsperiode, höheren Temperaturen und verstärktem Auftreten von Extremwetterereignissen.“, sagt Projektmitarbeiter Dr. Thorsten Rocksch von der Humboldt-Universität zu Berlin.

### ► Innovation für Deutschland – Start Mitte Juni

Das Verfahren ist für Deutschland und den Spargel eine Innovation, bislang gab es etwas Ähnliches nur für andere Früchte, beispielsweise für Olivenbäume in Italien. Mitte Juni wurde die Neuanlage mit der unterirdischen Bewässerung gepflanzt. Bis Ende 2012 läuft der Versuch. Mit den Erkenntnissen kann die Methode dann als Maßgabe auch für den weiteren Landbau gelten und angewandt werden.

### ► Erosion, Dauerregen: neue Fruchtfolgen und Sorten

Auch die Uckermark und die Lausitz müssen den klimawandelbedingt veränderten Niederschlagsituationen mit neuen Maßnahmen begegnen. Dr. Johann Bachinger betreut

am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) das Teilprojekt „Klimaflexibler integrierter Landbau“ innerhalb des Forschungsverbundes INKA BB. Hinsichtlich der Herausforderungen des Klimawandels für die Landwirtschaft untersucht sein Projektteam hier Lösungen durch neue Fruchtsorten, neue Bodenbearbeitungssysteme sowie den Anbau verschiedener Fruchtfolgen samt Zwischenfrüchten. Es geht darum, im Boden viel stärker als bisher Bioporen auszubilden. Der Boden soll so Niederschläge, auch die künftig häufiger auftretenden Gewitterregen, besser aufnehmen können.

### ► Was kann der einzelne Bauer tun?

Eine große Veränderung folgt oft durch die vielen kleinen Veränderungen im Ganzen. Doch was kann ein einzelner Bauer gegen die Folgen der Wetterextreme tun?

„Damit jeder für sich die richtige Strategie findet, wollen wir ihnen Hinweise und neue Erkenntnisse auf den Weg geben.“, erläutert Bachinger. „So sind wir im Institut zum Beispiel der Meinung, dass stärker als bisher mit Zwischenfrüchten gearbeitet werden sollte, damit in der langen Periode zwischen Ernte und Ansaat der Boden nicht ungeschützt daliegt.“, so der Projektleiter.

■ Fortsetzung nächste Seite unten



## HEIM:VORTEIL

23 Berliner Pflegeheime profitieren bisher von Energieeinsparinitiative

**Gemeinsam anpacken und bestehende Strukturen in Frage stellen – das ist die ambitionierte Aufgabe, wenn das Thema Mitarbeitermotivation für einen geringeren Energie- und Wasserverbrauch auf dem Programm steht. Seit fast zwei Jahren stellen sich die an HEIM:VORTEIL – Energiesparinitiative für Senioreneinrichtungen – teilnehmenden Pflegeheime dieser Herausforderung.**

HEIM:VORTEIL ist ein Projekt, das in Berlin von der Berliner Energieagentur mit Unterstützung des IMPULSE Programms der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz durchgeführt wird.

### ► Einsparerfolge durch HEIM:VORTEIL

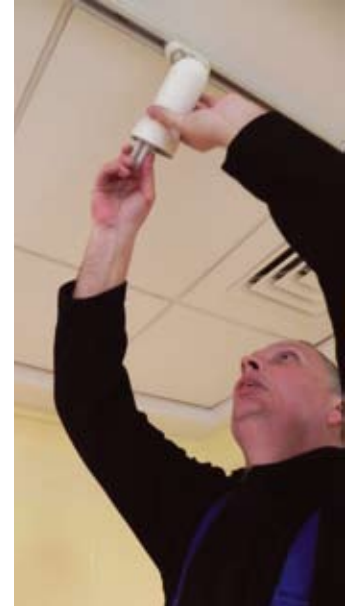
23 Pflegeheime von kirchlichen und öffentlichen Trägern nehmen an HEIM:VORTEIL teil. Für die ersten Teilnehmer – neun Häuser

der Elisabeth Diakonie – liegen mittlerweile Werte über die erzielten Einsparungen vor. In 2009, während HEIM:VORTEIL in den Einrichtungen implementiert wurde, sank der jährliche Stromverbrauch um 67.000 Kilowattstunden (kWh). Der Wärmeverbrauch verringerte sich um 470.000 kWh pro Jahr. Auf diese Weise spart die Elisabeth Diakonie jährlich rund 100.000 Kilogramm Kohlendioxid ein.

Zu den wichtigsten Bausteinen

von HEIM:VORTEIL zählen die Analyse des Ausgangszustandes in den Einrichtungen, die Schulung aller Mitarbeiter, die Erstellung von Maßnahmeplänen sowie die Betreuung der umgesetzten Energie- und Wassersparaktivitäten. Des Weiteren wird mit dem Träger, sofern gewünscht und noch nicht vorhanden, ein Datencontrolling aufgebaut. Dadurch erhalten sowohl der Träger als auch die einzelnen Häuser die Möglichkeit, kontinuierlich den eigenen Energie- und Wasserverbrauch zu kontrollieren und zeitnah bei einer unvorgesehenen Verbrauchserhöhung eingreifen zu können.

Einrichtungen der Caritas Altenhilfe, des Vivantes Forum für Senioren sowie der Bethel



Installation von Energiesparlampe durch den Hausmeister  
© Max Lehmer, BEA

■ Fortsetzung nächste Seite

### ■ Fortsetzung von Seite 11

„Zwischenfrüchte wie Klee gras oder Hauptfrüchte wie Luzerne oder Winterroggen halten den Boden fest. Sie verhindern, dass Regen die Nährstoffe auswäscht und haben außerdem den Vorteil, wie Gründünger zu wirken. Sie reduzieren den Stickstoffverlust und fördern den Humusaufbau.“

### ► Flucht nach unten: Regenwürmer und Luzerne

„Wir raten Landwirten, die Flucht nach unten anzutreten. Luzerne etwa treiben mit ihren Pfahlwurzeln Bioporen in die Erde. Noch besser kanalisieren Regenwürmer den Boden. Ihre Tunnel sind relativ stabile Röhren, weil die Innenwände verklebt sind. Mit diesem Röhrensystem speichert der Boden Feuchtigkeit, ähnlich wie ein Schwamm.“, erklärt Johann Bachinger. Allerdings weist er auch darauf hin, dass zuviel Pflügen dem Regenwurm schadet. Wenn es feucht ist, kann

sich beim Pflügen außerdem eine Pflugsohle bilden, die wie eine Barriere wirkt. Als Alternative probieren er und sein Team im Rahmen des INKA-BB-Projektes das Direktsaatverfahren aus, außerdem den Ringschneider, eine bayerische Entwicklung. Dabei werden die Wurzeln der Zwischenfrüchte knapp unter der Erdoberfläche gekappt. Sie sterben ab, ohne dass der Landwirt Unkrautbekämpfungsmittel einsetzen muss.

### ► Berlin: Risikopatienten bei Hitze

Nach Aussagen des Weltklimarates werden Hitzewellen in Folge des Klimawandels sehr wahrscheinlich zunehmen. Dies nicht nur ob ihres Auftretens, sondern auch hinsichtlich ihrer Andauer und Intensität. Schon jetzt haben die Menschen im urbanen Raum mit den hochsommerlichen Temperaturen zu kämpfen. Auf über 38 Grad Celsius kletterte diesen Sommer

das Thermometer im Raum Berlin-Brandenburg. Mit 38,2 Grad waren Berlin und Potsdam am 11. Juli 2010 die heißesten Städte Deutschlands. Doch nicht nur die Ausschlüge, sondern auch die Dauer der Hitzeperioden macht den Einwohnern zu schaffen. Besonders gefährdet sind dabei Menschen, die bereits kardiovaskuläre oder pneumologische Vorerkrankungen haben. Auch ältere Menschen sind besonders von Risiken betroffen. Abhilfe soll jetzt ein Frühwarnsystem schaffen, welches u.a. von der Charité, der Humboldt-Uni, der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz und dem Potsdam Institut für Klimaforschung innerhalb des Forschungsverbundes INKA BB erprobt wird.

### ► INKA Berlin-Brandenburg: Signalwirkung für andere Regionen

Das Verbundprojekt läuft noch bis 2014. Dazu eine der Projekt-

koordinatorinnen, Frau Dr. Andrea Knierim: „INKA BB ist in seiner Größe und Zielsetzung einzigartig in Brandenburg: Koordiniert durch das ZALF führt dieses Netzwerk die wichtigsten Brandenburgischen und Berliner Forschungszentren mit vielfältigen Praxispartnern aus Wirtschaftsunternehmen und deren Verbänden, Behörden und Nichtregierungsorganisationen zusammen. In thematisch spezialisierten Teilprojekten arbeiten mehr als 100 Netzwerkpartner an den Problemlösungen für Morgen“. Die Forschungsergebnisse des Verbundes können beispielgebend sein auch für andere Regionen.

#### ■ Kontakt:

Imke Sturm  
INKA BB  
c/o Sturm! Public Relations  
E-Mail: [sturm@sturm-pr.de](mailto:sturm@sturm-pr.de)



## HEIM:VORTEIL

23 Berliner Pflegeheime profitieren bisher von Energieeinsparinitiative

### Fortsetzung von Seite 12

Diakonie befinden sich derzeit in der Umsetzungs- und Schulungsphase im Rahmen von HEIM:VORTEIL. Die Einrichtungen der Caritas Altenhilfe erarbeiteten gemeinsam mit dem HEIM:VORTEIL Management Maßnahmepläne. Die Einrichtungsleitung, die Träger und die Mitarbeiter haben daraus Arbeitspakete abgeleitet, die sie nun bearbeiten. In einzelnen Einrichtungen konnten bereits Energieeinsparungen im Vergleich zu den Vormonaten erzielt werden.

### ► Schlüsselthema: Implementierung und Mitarbeitermotivation

Die Möglichkeit, Einsparpotenziale in den einzelnen Häusern zu erschließen, steht im engen Verhältnis zum Interesse der Mitarbeiter an dem Thema Energieeinsparung im Haus. Daher zielt HEIM:VORTEIL darauf ab, möglichst alle Mitarbeiter einzubeziehen. In der Regel richten sich drei zielgruppenspezifische Schulungen an die Hausmeister, das Pflege- und Hauswirtschaftspersonal sowie an die Mitarbeiter in der Küche.

Durch die Kommunikation mit Mitarbeitern aus unterschiedlichen Bereichen werden die verschiedenen Aspekte eines Themas intensiv beleuchtet und Einsparpotenziale auf verschiedenen Ebenen umgesetzt. Während die Hausmeister z.B. bei der Beleuchtung für den Betrieb der Anlage und den Ersatz von Leuchtmitteln verantwortlich sind, kann das Pflege- und Hauswirtschaftspersonal durch gezielte Nutzung der Schaltungsmöglichkeiten zu Einsparungen beitragen. Um langfristige Verhaltensänderungen zu etablieren, ist die Zuordnung von Verantwortlichkeiten für verschiedene Themen unerlässlich. Die Pflege-



© Max Lehmer, BEA

einrichtungen legen regelmäßige Termine wie Sicherheitsrundgänge oder Arbeitsgruppentreffen im Bereich Qualitätssicherung fest. Einzelne Häuser führen regelmäßig Umwelttage durch. Im Rahmen solcher Umwelttage erstellen z.B. die Mitarbeiter Informationsmaterialien zum Energie- und Wassersparen und zur Entwicklung des Energieverbrauchs der Einrichtungen. Des Weiteren wurden zum Thema Filme gezeigt und Veranstaltungen mit Musik und Lesungen angeboten.

### ► Erfolge sichtbar machen

Oft liegen konkrete Einsparpotenziale in den Pflegeheimen auf der Hand. Hier besteht die Herausforderung, über die klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten, bei gleichzeitiger hoher Arbeitsbelastung, unnötigen Energie- und Wasserverbrauch zu erkennen und zu reduzieren. Ein Beispiel für die gelungene Umsetzung verschiedener Maßnahmen ist das Seniorenheim Sankt Johannes Berlin. Das achtgeschossige Gebäude aus dem Baujahr 1972 in Friedrichshain-Kreuzberg gehört seit 2004 zur Caritas Altenhilfe und verfügt über 68 Vollpflegeplätze.

Die im Rahmen von HEIM:VORTEIL durchgeführte

Hausbegehung und anschließende Mitarbeiterschulungen zeigten deutliches Energieeinsparpotenzial in den Bereichen Wärme, Lüftung, Beleuchtung und Wasserverbrauch auf. Ein engagiertes Mitarbeiterteam prüfte die vorgeschlagenen Änderungen im Nutzerverhalten und setzte im Anschluss ganz konkrete Einsparmaßnahmen in die Realität um.

**Wärmeversorgung:** Es erfolgte der Austausch der Heizpumpen, eine Optimierung der Heizungskurve sowie der langfristige Einsatz von feststellbaren Thermostatventilen.

**Lüftung:** Zu den Maßnahmen zählen das Abschalten der Lüftungstechnik für nicht genutzte Bereiche, eine Anpassung der Luftwechsel an die tatsächliche Nutzung sowie das Prüfen, ob in den Nachtstunden die Lüftungsanlage vollständig abgeschaltet werden kann.

**Beleuchtung:** Einzelne Bereiche, die noch mit Halogenstrahlern bzw. Glühlampen ausgeleuchtet waren, wurden mit Energiesparlampen ausgestattet. Gleichzeitig wurden die Mitarbeiter über die Schaltungsmöglichkeiten der Beleuchtungstechnik in Büros und Gängen informiert.

**Wasserverbrauch:** Die Zirkulationspumpe wird aufgrund der langen Vorlaufzeiten bis zur vollständigen Erwärmung des Wassers überprüft. Des Weiteren wird die Nutzung von WC-Gewichten zur Reduzierung des Wasserverbrauchs bei Spülvorgängen sowie der Einsatz von Durchflussbegrenzern überprüft.

Die genannten Aktivitäten wurden zum Teil bereits realisiert, andere Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung oder in Prüfung. Erfolge sind schon jetzt sichtbar: Im Vergleich zum Vorjahr sank der Stromverbrauch, der bisher betrachteten Monate, bereits deutlich.

In Pflegeeinrichtungen lassen sich zahlreiche einfache aber wirkungsvolle Energiesparmaßnahmen umsetzen, die kaum Kosten verursachen. Langfristige Einsparungen können immer dann erzielt werden, wenn Energieeffizienz zu einem gemeinsamen dauerhaften Qualitätsanspruch in den Einrichtungen wird.

### Weitere Pflegeheime im Projekt willkommen

Die Teilnahme weiterer Pflegeheime an dem Projekt HEIM:VORTEIL ist möglich und erwünscht. Besonders gute Voraussetzungen für die Teilnahme an dem Projekt haben Träger, die mit mehreren Häusern mit jeweils mindestens 60 Bewohnern, an HEIM:VORTEIL teilnehmen möchten.

#### Kontakt:

Mechthild Zumbusch  
Berliner Energieagentur  
Tel. 030 / 29 33 30 – 62  
E-Mail: zumbusch@  
berliner-e-agentur.de  
<http://heim-vorteil.net/>

## Energetische Gebäudemodernisierung

Basierend auf der EnEV 2009 wird die Möglichkeit geboten, sich gezielt mit den Einzelheiten, die bei der Vorbereitung und Planung ganzheitlicher Gebäudemodernisierungen auftreten, auseinanderzusetzen. Das Buch bietet einen umfassenden Katalog mit Grundlagen zum energieeffizienten Planen, Bauen und Betreiben im Gebäudebestand. Aufgezeigt werden bauphysikalische Analysen, bau- und anlagentechnische Maßnahmen, nachhaltige Konzeptionen und qualitätssichernde und schadensvermeidende Prophylaxehinweise sowie Kosten- und Nutzenanalysen.

Die Autoren erläutern die fachgerechte Aufnahme, Analyse und Bewertung vorhandener Bausubstanz. Auf der Grundlage der (allgemein) anerkannten Regeln der Technik werden typische energetische Schwachstellen des Gebäudebestands und mögliche Maßnahmen für energieeffiziente Altbauerneuerung dargestellt.

Institut für Bauforschung e.V. (Hrsg.): Energetische Gebäudemodernisierung, 308 Seiten, 74,- Euro, ISBN 978-3-8167-8117-2, Fraunhofer IRB Verlag.



## Heizungsmodernisierung in Wohngebäuden Anlagentechnik für Architekten

Ein komplexes Thema verständlich aufbereitet: Das Buch vermittelt Architekten und Planern umfassende Kenntnisse zur Anlagentechnik im Kontext einer energetischen Gebäudesanierung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Heizungsmodernisierung und spezifischen Anforderungen, die mit der Sanierung eines Wohngebäudes verbunden sind. In dem praxisorientierten Leitfaden findet der Planer grundlegendes Wissen zur Unterscheidung und Bewertung von Bestandsanlagen sowie Ansätze für eine nachhaltige Heizungsmodernisierung. Verschiedene Projektbeispiele zeigen, wie sich das theoretische Wissen in die Praxis umsetzen lässt.

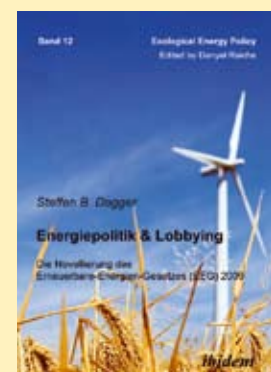
Frank Hartmann, Klaus Siegle: Heizungsmodernisierung in Wohngebäuden, Anlagentechnik für Architekten, 192 Seiten, 89,95 Euro, ISBN 978-3-421-03716-9, DVA Architektur.



## Energiepolitik & Lobbying Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2009

Erneuerbare Energien haben im deutschen Strommarkt eine beeindruckende Wachstumsentwicklung hinter sich. Möglich machte dies das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien fördert und subventioniert. Das EEG ist deshalb ein Paradebeispiel für Lobbying in der Energiepolitik. Das Buch wendet sich an Dozenten und Studenten der Politikwissenschaft und der Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Energiewirtschaft, an Führungskräfte und Berater aus der Energiebranche sowie an Institutionen und Behörden, die mit Klimaschutz und Energiepolitik befasst sind.

Steffen B. Dagger: Energiepolitik & Lobbying - Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2009, Ecological Energy Policy (EEP) Bd.12, 366 Seiten, 59,90 Euro, ISBN 978-3-8382-0057-6, Ibidem.



# VERANSTALTUNGSKALENDER BERLINER IMPULSE

Termin	Thema	Veranstalter/Anmeldung
01.11.2010	Kraftakt: Energieeffiziente Stadt Kraftstrom: Energieversorgung von Metropolen - was bringt die Zukunft?	ize, TU Berlin, inforadio, TSB seifert@tsb-berlin.de
02.11.2010	Sanierungswissen kompakt Warm eingepackt? Gebäudedämmung	Arge Berliner Impulse/EUMB Pöschk maus@berliner-impulse.de
02.11.2010	ClubE Climate Bridge Los Angeles – Berlin “Your future starts now – Go green!”	Arge Berliner Impulse/Berliner Energieagentur club-e@berliner-e-agentur.de
03.11.2010	BDEW-Fachforum: 2. Innovationsforum der Energiewirtschaft	EW Medien und Kongresse GmbH claudia.wiesert@ew-online.de
08.11.2010	Konferenz Wege aus dem energetischen Sanierungsstau	Hochschule Lausitz, IÖW, ISOE kommunikation@ioew.de
08.11.2010	Bauen für die Zukunft: Zertifizierungsmodelle zur Nachhaltigkeit	Architektenkammer Berlin kammer@ak-berlin.de
09.11.2010	Sanierungswissen kompakt Sanierungsbedarf in Wohngebäuden	Arge Berliner Impulse/EUMB Pöschk maus@berliner-impulse.de
09.11.2010	Kraftakt: Energieeffiziente Stadt Windkraft: Einsatz innovativer regenerativer Energiesysteme in Gebäuden	ize, TU Berlin, inforadio, TSB seifert@tsb-berlin.de
15.11.2010	Sanierungswissen kompakt Sanierung von Heizungsanlagen	Arge Berliner Impulse/EUMB Pöschk maus@berliner-impulse.de
18.11.2010	Emissionshandel und CO2-Bilanzierung	IHK Berlin Wendy.Wolff@berlin.ihk.de
21.11.2010	Klimapolitik am Ende - vorwärts in die Katastrophe?	Allianz Kulturstiftung kulturstiftung@allianz.de
22.11.2010	IRES 2010 5. Internationale Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien	EUROSOLAR e.V. info@eurosolar.org
22.11.2010	Kraftakt: Energieeffiziente Stadt Kraftverkehr: Energieeffiziente Mobilität	ize, TU Berlin, inforadio, TSB seifert@tsb-berlin.de
25.11.2010	Städtebau und Energie Tagung mit Fachexkursionen und begleitender Ausstellung	Institut für Städtebau Berlin info@staedtebau-berlin.de

\* Alle Veranstaltungen finden in Berlin statt und sind teilweise kostenpflichtig

Im Rahmen von



Management des Programms:  
ARGE Berliner ImpulsE

Im Auftrag der



**Zeitschrift Energie ImpulsE:**  
**Konzept und Umsetzung:**  
**EUMB Pöschk**  
Oranienplatz 4, 10999 Berlin  
Tel. 030 / 2014 308 – 21  
Fax 030 / 2014 308 – 10  
info@berliner-impulse.de  
www.berliner-impulse.de

**Ansprechpartner:**  
**Jürgen Pöschk**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## IMPRESSUM

**HERAUSGEBER:**  
**Berliner ImpulsE Management**

**REDAKTION:**  
**Jürgen Pöschk (Leitung und ViSPR),**  
**Michaela Krause**

**SATZ UND GESTALTUNG:**  
**VME - Verlag- und Medienservice**  
**Energie**

**DRUCK:**  
**Das Druckteam Berlin**

**AUFLAGE:**

**7.000**

# Unser Tipp für Clevere:

Eine neue Erdgas-Heizung  
mit der GASAG-Umweltprämie.



Cleverness wird von uns belohnt. Mit einer Prämie von bis zu 800€ fördern wir innovative neue Erdgas-Heizungen, die heute zu den effizientesten und umweltschonendsten gehören. Auch die Kombination mit regenerativen Energien wie Solar wird von uns gefördert. Damit sparen Sie nicht nur finanziell sondern auch CO<sub>2</sub> und sind für die Zukunft bestens gerüstet. Wir beraten Sie gern, weitere Infos unter [www.gasag.de](http://www.gasag.de).

**ERDGAS** 

**GASAG**  
*Fühl die Energie*